

Alternative für Deutschland

Landesverband Hessen

Beantwortet durch Volker Richter, gesundheitspolitischer Sprecher der AfD-Fraktion
im Hessischen Landtag.

Frage 1:

Wie stehen Sie zu den Plänen der Bundesregierung, den Besitz geringer
Mengen Cannabis (lt. Gesetzentwurf 25g) und den privaten Anbau einiger
Cannabispflanzen für den Eigenkonsum zu erlauben sowie Cannabis-Anbauvereine einzuführen?

Wir sind gegen den privaten Anbau von Cannabispflanzen und somit auch gegen Cannabis-
Anbauvereine. Diese Haltung liegt u.a. darin begründet, dass 1/3 aller bei jungen Männern
eingetretenen Psychosen auf einen Konsum von Cannabis zurückzuführen sind und Cannabis nach
wie vor als die Einstiegsdroge Nr. 1 für eine weiterführende „Drogenkarriere“ mit sog. harten
Drogen gilt. Geringe Mengen von Cannabis können nur durch eine ärztlich verordnete Medikation
bei entsprechenden Erkrankungsbildern sinnvoll sein. Im Sinne der hier gestellten Frage sind wir
somit auch gegen den Besitz geringer Mengen Cannabis

Frage 2:

In einem weiteren Gesetzesvorhaben ist geplant, kommunale,
wissenschaftliche Modellprojekte zuzulassen, die die Auswirkungen eines
komplett regulierten Cannabismarktes vom Anbau bis zum Verkauf in
Fachgeschäften erforschen sollen. Wie stehen Sie zu solchen
Modellprojekten in Ihrem Bundesland?

Ein solches Modellprojekt ist nicht notwendig, die Erfahrungen aus Ländern wie den Niederlanden
zeigen deutlich auf, mit welchen Problemen ein Land zu kämpfen hat, wenn es nicht bei der
stringenten Verbotspolitik bleibt.

Alternative für Deutschland

Landesverband Hessen

Frage 3:

Vor Kurzem wurde die gesetzliche Grundlage für wissenschaftliche Modellprojekte geschaffen, in denen die Auswirkungen von Substanzanalysen illegaler Drogen (Drug Checking) erforscht werden sollen. Befürworten Sie dies in Ihrem Bundesland? Würden Sie ggf. solche Projekte aus Landesmitteln fördern?

Solche Substanzanalysen können nur dann sinnvoll sein und gefördert werden, wenn sie zur Prävention vor Drogenkonsum, Drogenabhängigkeit und der mit Drogen verbundenen Kriminalität dient. Offensichtlich ist das genaue Gegenteil davon die Zielsetzung der entsprechenden Modellprojekte: Im Wege der Substanzüberprüfung soll ein vermeintlich „sicherer“ Konsum der überprüften Rauschmittel und mithin der BtM-Konsum im Allgemeinen gefördert werden. Der Versuch, Drogen auf diesem Wege eventuell zu verharmlosen und in einem weiteren Schritt gar zu legalisieren, lehnen wir entschieden ab.

Frage 4:

Cannabiskonsumenten werden sowohl bei der Definition einer Rauschfahrt (THC-Grenzwert) als auch bei der Überprüfung der Fahreignung (z.B. MPU-Anordnung) benachteiligt. Setzen Sie sich für eine Gleichbehandlung von Cannabis- und Alkoholkonsumenten im Straßenverkehr ein?

Wir sehen hier derzeit keinen Handlungsbedarf, gesellschaftlich kann man allerdings natürlich über den Alkoholkonsum und seiner Folgen vermehrt diskutieren und auch die gesetzlichen Rahmenbedingungen im Straßenverkehr zu verändern.

Alternative für Deutschland

Landesverband Hessen

Frage 5:

Der reine Besitz von Cannabis – ohne einen Bezug zum Straßenverkehr – wird häufig von der Polizei an die Führerscheinstellen gemeldet. Wie wird dies in Ihrem Bundesland gehandhabt und wollen Sie an dieser Praxis festhalten?

Wir sehen dieses Vorgehen als gerechtfertigt an.

Frage 6:

Welche drogenpolitischen Initiativen gab es von Ihrer Fraktion in der aktuellen Legislaturperiode? (Bitte listen Sie Anträge, Anfragen etc. konkret und mit Link auf, damit wir Ihre parlamentarische Arbeit besser einschätzen können!)

- Antrag „Ausweitung des „Diamorphin-Programms“ – Novellierung des § 5a BtMVV“, Drs.: 20/6327 (<https://starweb.hessen.de/cache/DRS/20/7/06327.pdf>)
- Große Anfrage „Der ‚Frankfurter Weg‘, die BtM-Kriminalität und die Sozialarbeit in Hessen“, Drs.: 20/6138 zu 20/3501 (<https://starweb.hessen.de/cache/DRS/20/8/06138.pdf>).
- Große Anfrage „Offiziell kontrollierte Abgabe von BtM“ Drs. 20/3671 zu 20/4265 (<https://starweb.hessen.de/cache/DRS/20/5/04265.pdf>).
- Kleine Anfrage „Entzug der Fahrerlaubnis bei Drogenkonsumenten“ Drs. 20/6322 (<https://starweb.hessen.de/cache/DRS/20/2/06322.pdf>).
- Kleine Anfrage „Modellprojekt des Frankfurter Gesundheitsdezernenten zur kontrollierten Abgabe von Crack“, Drs.: 20/3398 (<https://starweb.hessen.de/cache/DRS/20/8/03398.pdf>).

Alternative für Deutschland

Landesverband Hessen

Frage 7:

Welche Initiativen planen Sie in der nächsten Legislaturperiode?

Wir werden weiterhin sehr genau darauf achten, dass Drogenkonsum nicht verniedlicht wird und die gesellschaftlichen Folgen der Bevölkerung weiter vergegenwärtigt werden. Initiativen, wie solchen der benannten Modellprojekte, werden unsererseits aufmerksam verfolgt und diese ggf. mit eigenen Initiativen unsererseits begegnet. Aus gesundheitspolitischer Sicht, hier vor allem bei der Schmerztherapie, möchten wir einen offenen Weg gehen, denn es geht grundsätzlich IMMER um die Interessen der Hessischen Bürger.

Frage 8:

Wie stehen Sie grundsätzlich zur vollständigen Legalisierung von Cannabis, also einer bundesweiten, vollständigen Regulierung des existierenden Cannabismarktes wie z.B. in Kanada?

Wir sind entschieden gegen eine vollständige Legalisierung von Cannabis.